

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Gründungserklärung des „Ständigen Kongresses gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“

Die Mehrheit des Bundestages hat am 25. März 1958 die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen beschlossen. Dieser Beschluß hat in der Bevölkerung eine Bewegung ausgelöst, die in Kundgebungen und Demonstrationen, in Protesten von Gewerkschaften und Betrieben, in Warnstreiks und Unterschriftensammlungen, in Beschlüssen und Versuchen zur Durchführung einer Volksbefragung ihren Ausdruck fand. Die Bewegung gegen den Atomtod hat von Woche zu Woche an Kraft und Bedeutung zugenommen.

Der Kampf gegen den verhängnisvollen Beschluß der Bundestagsmehrheit hätte am wirksamsten geführt werden können, wenn alle Widerstandskräfte in einer einzigen, einheitlich geführten Bewegung zusammengefaßt worden wären. Da sich das als unmöglich erwies, mußte die Sammlung aller atomwaffenfeindlichen Kräfte auf andere Weise erreicht werden. Als wirksamste Form der Verwirklichung dieser Absicht erschien die Bildung eines „Ständigen Kongresses“. Die Idee des „Ständigen Kongresses“ fand in allen Schichten der Bevölkerung lebhafteste Zustimmung.

Der „Ständige Kongreß“ hat sich auf seiner ersten Tagung am 15. Juni 1958 in Gelsenkirchen konstituiert. Er proklamiert mit allem Nachdruck das Recht des Bürgers der Bundesrepublik, über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in unmittelbarer Abstimmung zu entscheiden. Er ruft zum Widerstand auf gegen die Nichtachtung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verbrieften Rechte des Volkes durch die derzeitige Bundesregierung und Bundestagsmehrheit. Der „Ständige Kongreß“ ruft in der Stunde der Gefahr zur Selbstbesinnung. Er appelliert an das Verantwortungs-

bewußtsein nicht nur all derer, die an führender Stelle Entscheidungen beeinflussen, sondern vor allem an das Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen.

Der „Ständige Kongreß“ ist der Ort der Sammlung, des Erfahrungsaustausches und der kritischen gegenseitigen Verständigung für alle Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik. Indem er sich in seinen Äußerungen, Empfehlungen und Handlungen auf das aktuelle Grundanliegen der Nation, den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Europa, beschränkt, ermöglicht er das Zusammenwirken aller Schichten unseres Volkes, aller Bewegungen, Organisationen und Ausschüsse, die in dieser Lebensfrage unseres Volkes übereinstimmen. Der oberste Grundsatz für die Arbeitsweise des „Ständigen Kongresses“ ist die politische und weltanschauliche Toleranz in allen Fragen, die nicht unmittelbar mit der Überwindung des durch den Beschluß des Bundestages herbeigeführten Notstandes zu tun haben.

Die Empfehlungen des „Ständigen Kongresses“ sind keine verbindlichen Beschlüsse. Sie wollen als Anregungen für gemeinsames Handeln unter Beachtung der besonderen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern, Städten und ländlichen Bezirken verstanden sein.

Es erfüllt uns mit neuem Mut, daß die erste konstituierende Tagung des „Ständigen Kongresses“ im Geiste der Einmütigkeit und Toleranz verlief. Die unbeirrbar Übereinstimmung im Ziel wurde durch die Verschiedenheit der Begründungen besonders eindrucksvoll unterstrichen. Das große Ziel der Volksbewegung gegen den Atomtod kann erreicht werden, wenn es gelingt, Sonderbestrebungen und gegenseitiges Mißtrauen auszuschalten. Die Bundesregierung läßt nichts unversucht, die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung zu spalten und die einzelnen in ihr vertretenen Richtungen gegeneinander auszuspielen. Diese Gefahr muß klar erkannt werden. Wer in den Reihen der Atom- und Rüstungsgegner Mißtrauen sät, leistet der Aufrüstungspolitik Vorschub. Der Kampf gegen die Atomrüstung ist zu einem Kampf für die Demokratie geworden. Nur wenn die Begeisterung sich mit Geduld und zäher Beharrlichkeit verbindet, wird die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung am Ende den Sieg davontragen.

Der Erfolg der ersten Tagung des „Ständigen Kongresses“ ermutigt uns, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes erneut auf das Grundanliegen unserer Tage zu lenken und alle Schichten der Bevölkerung aufzurufen, sich dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ oder der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ oder einer regionalen Widerstandsgruppe anzuschließen und in dieser Organisation nach Kräften dahin zu wirken, daß der „Ständige Kongreß“ seine koordinierende, vermittelnde und ausgleichende Funktion wirksam erfüllen kann.

Vertrauen zu den friedlichen und demokratischen Kräften in unserem Volk, Vertrauen aller entschiedenen Gegner der Atomrüstungspolitik der Bundesregierung untereinander, die Einheit im Wollen und Handeln sind das Unterpfand unseres endlichen Sieges!

Gelsenkirchen, den 15. Juni 1958